

Die Zahl der gemeldeten Neuinfektionen steigt wieder! Was die Leitmedien aber nicht berichten: die Zahl der Tests steigt auch! In der Woche vom 20.07. bis 26.07. wurden vom RKI 3.695 Neuinfektionen gemeldet, 925 mehr als in der Woche zuvor. Es wurden aber auch 563.553 Tests durchgeführt, 31.982 mehr als in der Woche zuvor. Wenn man aber berücksichtigt, dass die PCR-Tests nur eine Genauigkeit von 98 % haben, dann müsste es also 11.271 falsche Testergebnisse gegeben haben, mehr als das 3fache der Neuinfektionen. Das bedeutet, dass nach der statistischen Wahrscheinlichkeit auch alle positiven Tests zu dieser Fehlergruppe gehören könnten, und dass es in Wirklichkeit gar keine Neuinfektionen mehr gibt. Die Neuinfektionen gehören aktuell also zum sog. "statistischen Grundrauschen".

Peter Altmaier: nicht nachdenken!

"Wenn wir bei den Infektionen dauerhaft zweistellig sind, müssen Mediziner und Politik neu nachdenken." (Wirtschaftsminister Peter Altmaier in <https://www.tagesschau.de/inland/maskenpflicht-111.html>) Die gab es zuletzt Anfang März 2020. Das war dann wohl die Zeit, als Politiker und Mediziner zuletzt nachgedacht haben! Weil Politiker und Mediziner (gemeint sind die Pharmedien vom Robert-Koch-Institut - RKI) nach der Aussage von Wirtschaftsminister Altmaier ab 100 Neuinfektionen nicht nachdenken, ist die Politik auch gedankenlos!

Eigentlich erwarten die Bürger, dass die Politiker jeden Tag über alle relevanten Themen nachdenken. Seit der Aussage von Peter Altmaier wissen wir aber, dass die Regierung seit Anfang März eine Denkblockade hat. Sie kann nicht mehr nachdenken, weil die Zahlen der täglichen Neuinfektionen über 100 liegen. Das merkt man, denn seit dieser Zeit wird nur noch auf Anweisung der Pharmedien aus dem RKI regiert.

Denkblockaden bei Politikern sind nicht neu. Schon immer endete ihre Denkfähigkeit beim nächsten Wahltag. Vielleicht denkt die CDU auch jetzt nur noch darüber nach, wie sie die Bundestagswahl gewinnen kann. Ihre Umfragewerte sind gestiegen, seit dem die Kanzlerin und ihr Gesundheitsminister Panik im Land verbreitet haben. Sie werden wieder fallen, wann sich nicht nur die objektive Lage normalisiert (das ist schon der Fall), sondern auch die Wahrnehmung der Lage in der Bevölkerung. Bald danach würde die Frage gestellt, wie teuer der Spaß der Politiker an ihren guten Umfragen dem Steuerzahler zu stehen kommt, von den eigenen Einkommenseinbußen ganz zu schweigen. Nach dem ersten Schock über die hohe Zahl würde eine Diskussion einsetzen, wie man das bezahlen soll und ob das wirklich alles nötig gewesen sei.

Besonders die kritische Diskussion soll nach dem Willen der CDU auf nach der Wahl verschoben werden. Also muss die Schockstarre der Wähler möglichst lang anhalten. Dafür muss die Panik so lange wie irgend möglich angeheizt werden. Mit der eigentlich entlarvenden Aussage, dass Politiker erst bei weniger als 100 Neuinfektionen täglich wieder nachdenken werden, soll auch die Bevölkerung dazu animiert, selbst nicht nachzudenken.

Die Politik will also eine eingeschüchterte und zum Nachdenken unfähige Masse, die die aktuelle Politik nicht hinterfragt. Man kann durchaus der Meinung sein, die Maskenpflicht würde die Demokratie nicht bedrohen. Eine ernste Bedrohung sind aber die vielen unterschwelligeren Denkverbote, die die Regierung mit ihrer Politik verhängt, und die eine aufgepeitschte Öffentlichkeit beachtet.

Wo sind die kranken Tönnies-Arbeiter?

Die Medien berichteten Mitte Juni von über 1.500 positiv-getesteten Arbeitern im Schlachthof von Tönnies in Rheda-Wiedenbrück, Kreis Gütersloh. Danach wurde aber nicht berichtet, wie es den Menschen geht. Wie üblich weist die Berichterstattung der unabhängigen Presse Lücken auf, wenn es keine Horrormeldungen gibt. Nach dem Szenario des Robert-Koch-Instituts vom 20.03.20 wären bei 1.500 Infizierten 68 Krankenhauseinweisungen zu erwarten gewesen, davon würden 17 auf Intensivstationen verlegt und 8 würden sterben. Nach den Erfahrungswerten per 09.07.20 wären bei 1.500 Infizierten noch 24 Krankenhauseinweisungen, 15 Intensivbehandlungen und 4 Todesfälle anzunehmen gewesen. In Wirklichkeit hatten nur 20 Arbeiter leichte Symptome.

In den 10 Tagen vom 18.-27.06. wurden bundesweit 6.059 Neuinfektionen gemeldet, in den 10 Tagen davor waren es 3.387, in den 10 Tagen danach 3.701. Bei den massiv ausgeweiteten Tests wurden also nicht nur infizierte Tönnies-Arbeiter gefunden. Die Todesfälle in den drei 10-Tages-Zeiträumen sind dagegen kontinuierlich von 162 auf 124 und 70 gesunken.

Die Tönnies-Arbeiter dürften der Altersgruppe 20-49 angehört haben. Hier sind die Neuinfektionen um 1.936 vom 18.-27.06. gegenüber dem Zeitraum 08.-17.06. gestiegen, 1.500 bei Tönnies und 436 andere. In der Altersgruppe 40-49 gab es vom 18.-27.06. und vom 28.06.-07.07. bundesweit jeweils 3 Todesfälle; bei Jüngeren keine.

Die Tönnies-Arbeiter unterliegen der Kontrolle nach § 42 IfSG. In dieser Gruppe gab es vom 18.-27.06. bundesweit 1.600 Neuinfektionen, 28.06.-07.07. waren es 302. Vom 08.-17.06. wurden aus dieser Gruppe 8 Personen in ein Krankenhaus eingewiesen, vom 18.-27.06. 24 und vom 28.06.-07.07. 3. Es können also ca. 15-20 Tönnies-Arbeiter im Krankenhaus gehandelt worden sein, also viel weniger als die angenommenen 68 lt. RKI-Szenario und auch weniger als die durchschnittlich erwartbaren 24. Vielleicht wurden sie wegen der Aufmerksamkeit der Medien sogar früher eingewiesen, als es sonst der Fall gewesen wäre. Im Zeitraum vom 18.-27.06. ist ein Betroffener am 25.06. gestorben. Für einen Tönnies-Arbeiter wäre das zu früh gewesen. Später gab es keine Todesfälle in der Gruppe nach § 42 IfSG mehr. Es gab also weder 17 noch 8 Todesfälle, sondern keine. Man kann deshalb annehmen, dass es allen Arbeitern gutgeht.

Die Arbeiter leben in überfüllten Wohnungen, weil sie in Deutschland wenig Geld ausgeben und viel Geld nach Rumänien und Bulgarien schicken wollen. Sie haben sich unter diesen Bedingungen infiziert, sie waren aber nicht krank. Ohne die besonderen Kontrollen für Arbeitnehmer in der Fleischindustrie wären die Infektionen vermutlich nie bemerkt worden. Es war also wieder einmal ein Fehlalarm. Die Medien berichten nicht mehr, um das nicht eingestehen zu müssen.